

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 5. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung

vom: **14.09.2021**

von: **17:00 Uhr**

bis: **19:25 Uhr**

Ort: **Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,
57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal**

Anwesend waren:

Vom Ausschuss für Schule und Bildung:

Stv Kraft, Florian
Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie
Stv Heilmann, Martin
AM Hörnberger, Kevin-Lee
Stv Köckritz, Anja Alexandra
AM Langemeyer, Susanne
Stv Langer, Günther
Stv Pfeifer, Joachim
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth
AM Schloos, Ulrich
Stv Stahl, Peter H.
Stv Thimm, Heiko
AM Weber, Frank
Stv Wittenburg, Samuel

Vorsitzender

vertritt Stv Bell, Achim

Beratende Mitglieder:

AM Becker, Monika
AM Dehn, Sarah
AM Dörner-Lipinski, Monika
AM Göckus, Ernst
AM Henrichs, Christoph
AM Dr. Jänicke, Karin
AM Jüngst, Werner

vertritt Flohren, Angelika
vertritt Heupel, Michael

AM Katz, Heike
AM Käuser, Rüdiger
IntRM Lübke, Lada
AM Lutz, Alexandra
AM Schneider, Martina
AM Utsch, Michael

vertritt N. N. Behindertenbeirat,

Aufgrund besonderer Einladung

AM Utsch, Michael

Schulaufsicht des Kreises Siegen-
Wittgenstein

Als Zuhörer:

s. B. Hellwig, Raimund

Von der Verwaltung:

Dezernent Schmidt
Stadtbaurat Schumann
VA Uhr
VA Dr. Matzner
StAR Mürker

Protokollführung

Nicht anwesend waren:

Stv Bell, Achim
AM Flohren, Angelika
AM Heupel, Michael
Stv Zöller, Klaus
N. N. Behindertenbeirat,

vertreten durch AM Dehn, Sarah
vertreten durch AM Dörner-Lipinski, Monika
vertreten durch AM Katz, Heike

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 29.06.2021

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

5. AfSuB 14.09.2021

2. Fragestunde

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

5. AfSuB 14.09.2021

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Sitzungsort des Schulausschusses Antrag der Volt-Fraktion

Vorlage Nr. AT 121/2021

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist eine anlassbezogene Sitzung des Ausschusses vor Ort denkbar, aber generell wird der Vorschlag für nicht praktikabel erachtet, erklärt Frau Bialowons-Sting.

Herr Langer begrüßt dagegen den Antrag und sieht auch eine Möglichkeit, mit der Präsenz vor Ort die Kommunalpolitik näher an die Schulen zu bringen. Den Schulen steht es frei, den Ausschuss einzuladen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen findet die Idee gut, so Herr Heilmann, hat aber Bedenken bei der praktischen Umsetzung, da ein Raum mit entsprechender Größe und technischen Ausstattung zur Verfügung stehen müsste. Zudem sollte die Tagesordnung die jeweilige Schule betreffen.

Nach Auffassung von Herrn Weber ist der Vorschlag im Grunde unnötig, da anlassbezogen schon immer Sitzungen vor Ort durchgeführt wurden. Es ist nicht erkennbar, aus welchen Gründen dies künftig nicht mehr gemacht werden sollte.

Frau Langemeyer findet es persönlich gut, die Schulen kennenzulernen. Sie hält dies aber mit dem gesamten Ausschuss für nicht umsetzbar. Zum einen würde es einen enormen Aufwand mit sich bringen, zum anderen wäre das Erleben des Schulbetriebs angesichts des Sitzungsbeginns um 17.00 Uhr hinfällig.

Herr Hörnberger kann den Antrag grundsätzlich unterstützen und verweist auf die Praxis des Kreises. Die Schulen sollten ermutigt werden, aktiv auf den Ausschuss zuzugehen.

Aus Sicht der Schulen sollte eine Tagung vor Ort von den örtlichen Gegebenheiten und dem Beratungsgegenstand abhängig gemacht werden, wendet Herr Käuser ein. Wenn die Ausschussmitglieder den Schulbetrieb erleben wollen, sollte dies in anderer Weise erfolgen.

Auch Herr Jüngst hält die Umsetzung in der Praxis für schwierig. Individuell vereinbarte Besuche von Ausschussmitgliedern sind dagegen machbar.

Herr Pfeifer teilt die Auffassung, dass allenfalls eine anlassbezogene Ortsbesichtigung sinnvoll ist. Die politische Auseinandersetzung sollte seines Erachtens an einem neutralen Ort stattfinden.

Auch Herr Schloos teilt die Skepsis und hält es für zielführender, sich auf andere Weise ein Bild vor Ort zu machen und mit den Jugendlichen in Kontakt zu treten.

Herr Wittenburg schlägt für die Antragsteller vor, den Vorschlag um den Zusatz „anlassbezogen“ zu ergänzen und ausdrücklich auf eine Bewirtung zu verzichten.

Beschluss:

Die Schulen der Stadt Siegen werden darüber informiert, dass der Schulausschuss *anlassbezogen* in die jeweilige Schule eingeladen werden kann. Die Sitzung des Schulausschusses findet dann in der entsprechenden Schule nach einer Schulführung durch die gastgebende Schule statt. *Bewirtung o. ä. ist nicht erwünscht.*

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 9 dagegen, 0 Enthaltungen

5. AfSuB 14.09.2021

3.2 Anlassbezogene Beteiligung weiterer Schulformvertretungen

Vorlage Nr. AT 122/2021

Herr Schmidt sieht verwaltungsseitig keine andere Handhabung als bisher praktiziert, je nach Anlass weitere Schulformvertretungen einzuladen. Im Vordergrund steht die Zuständigkeit für die eigenen städtischen Schulen. Im umgekehrten Fall ist es auch nicht übliche Praxis, dass andere Schulen auf die Stadt Siegen bei ihren eigenen Entscheidungen zukommen.

Herr Pfeifer bestätigt, dass kommunale und private Interessen nicht vermischt werden sollten. Wenn der Ausschuss einen Anlass für die Hinzuziehung Dritter sieht, ist es opportun, dies zu tun.

Frau Bialowons-Sting schließt sich der Meinung an und verweist auf zurückliegende Fälle, wo zum Beispiel die Schulen ihre OGS-Konzepte vorgestellt haben.

Frau Pflogsch erinnert an den Prüfauftrag zum Thema, dessen Ergebnis abgewartet werden sollte.

Herr Heilmann möchte eine differenziertere Betrachtung. Zum einen sieht er es als eine Frage des Themas, auf der anderen Seite steht die Frage der Bereitschaft der anderen Schulen, die Stadt Siegen bei ihren Themen einzubeziehen. Wenn dazu Erkenntnisse vorliegen möchte er den Antrag noch einmal in der Fraktion diskutieren.

Herr Wittenburg zieht den Antrag angesichts der Redebeiträge zurück.

=> Der Antrag wurde nach der Aussprache zurückgezogen.

5. AfSuB 14.09.2021

3.3 Luftreinigungsanlagen für alle Schulklassenräume - Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Vorlage Nr. AT 131/2021

Herr Schmidt hält fest, dass das Thema „Infektionsschutz“ in der Verwaltung oberste Priorität hat und intensiv bearbeitet wird. Festzustellen ist, dass die bisherigen Maßnahmen gut funktioniert haben. Der derzeit im Fokus stehende Einsatz von Luftreinigungsanlagen kann allenfalls als Ergänzung (mit ganz bestimmten Vorgaben, zum Beispiel zum Standort, zur Betriebsdauer, zur Betriebslautstärke usw.) gesehen werden. Diesbezüglich werde in der öffentlichen Diskussion eine falsche Sicherheit suggeriert mit möglicher Weise fatalen Folgen, wenn die Vorgaben nicht eingehalten werden. Ungeachtet der technischen Erfordernisse sind auch der finanzielle Aufwand im Verhältnis zum Effekt und die zeitliche Umsetzung zu betrachten, was in der Summe dazu führt, davon abzuraten.

Herr Schumann berichtet ergänzend über den Informationsaustausch auf der Ebene der Vergleichsstädte und im Deutschen Städtetag, der die vorgenannten Argumente bestätigt. Wenn der Betrieb solcher Geräte, aus welchen Gründen auch immer im Einzelfall, nicht so wie vorgegeben erfolgt wird das Gegenteil des versprochenen Erfolgs eintreten. Die Verwaltung steht daher dem Vorschlag skeptisch gegenüber. Dem gegenüber wird in Zukunft die Raumlufttechnik bei Neubauten zum Standard gehören, eine Nachrüstung in Bestandsbauten ist jedoch sehr komplex.

Für die Antragsteller stellt Herr Heilmann fest, dass es derzeit verschiedene Expertenmeinungen gibt und ein Halbwissen kursiert, was sowohl die Fördermöglichkeiten als auch die technischen Anforderungen betrifft. Daher wird eine fundierte Grundlage für die weitere Beratung für erforderlich gehalten.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, über die vom Land geforderte Ausstattung von Klassenräumen ohne Fensteröffnung mit mobilen Luftfiltergeräten hinaus Optionen zu prüfen, in grundsätzlich allen Klassen- und Betreuungsräumen Luftreinigungsanlagen zu installieren. Die Ergebnisse, insbesondere auch das finanzielle Volumen und eventuelle Fördermöglichkeiten sollen dem Ausschuss für Schule und Bildung zeitnah (zur übernächsten Sitzung) vorgestellt werden. Dabei soll auch ein Vorschlag zur eventuellen Priorisierung bestimmter Jahrgangsstufen vorgelegt werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

5. AfSuB 14.09.2021

4. Bericht zu den Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona- Pandemie für die Schulen der Universitätsstadt Siegen - mündlicher Bericht

=> *Die Präsentation wurde den Ausschussmitgliedern bereits vor der Sitzung über das Ratsinformationssystem als Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt zur Verfügung gestellt. Mitglieder, die nicht an der digitalen Gremienarbeit teilnehmen, erhalten einen Papierausdruck.*

Die Mitglieder des Ausschusses für Schule und Bildung nehmen den Bericht zur Kenntnis.

5. AfSuB 14.09.2021

5. Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/2025 - Teilplanung Gymnasien -

Vorlage Nr. VL 413/2021 A

Zum Beginn gibt Herr Schmidt einen kurzen Rückblick auf die bisherige Diskussion und die Prüfaufträge an die Verwaltung, die im Einzelnen abgearbeitet wurden. Er betont, dass es Aufgabe der Schulverwaltung ist, ein ausgeglichenes Angebot zu unterbreiten, nicht aber, über innere Schulangelegenheiten, pädagogische Konzepte oder Ähnliches zu urteilen.

Herr Hörnberger stellt heraus, dass die FDP-Fraktion ihre in der letzten Sitzung vorgelegten Anträge aufrechterhält. Dies sind:

- Durchführung eines neuen Anmeldeverfahrens für das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium (PPR)
- Festlegung einer dauerhaften 4-Zügigkeit für das Gymnasium Am Löhrtor (GAL)
- Prüfung der Zusammenlegung der Realschule Am Oberen Schloss mit der Realschule An der Morgenröthe am Standort Rosterberg
- Über die Anträge soll getrennt abgestimmt werden.

Frau Lübke erklärt, der Integrationsrat bedaure den Vorschlag, das Ganztagsgymnasium auslaufen zu lassen, da dieses in Siegen einzige Angebot sich für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund als sehr vorteilhaft erwiesen hat. Die Eltern sehen nun die Wahrung der Chancengleichheit gefährdet. Dies sollte bei der Beratung bedacht werden.

Herr Heilmann verweist darauf, dass in der öffentlichen Diskussion die Überlegungen zu einer vierten Gesamtschule mit der Situation am PPR vermischt werden, was aber nicht den Fakten entspricht. Bereits seit 2015/2016 sind rückläufige Anmeldezahlen am PPR und ein Nichterreichen der Regelklassenstärke in der Jahrgangsstufe 5 zu verzeichnen. Die Bezirksregierung fordert nunmehr, die Konsequenzen zu ziehen. Vor diesem Hintergrund hält er das Statement der Schulleitung für nicht glücklich und weist die darin erhobenen Vorwürfe zurück.

Herr Jüngst nimmt ebenfalls Bezug auf dieses Statement und kritisiert die damit einhergehende Störung des Schulfriedens. Seit vielen Jahren ist über die Schulformen hinweg eine kollegiale und wertschätzende Zusammenarbeit gelungen. Auch wenn in den Anmeldephasen ein gewisser Konkurrenzdruck herrscht, stand und steht in erster Linie die fachliche Auseinandersetzung im Vordergrund.

Herr Pfeifer bestätigt dies und möchte klarstellen, dass trotz der im Raum stehenden Schließung der Schule in der Elternversammlung eine gute Stimmung herrschte. In der Sache kommt er darauf zurück, dass aufgrund der Elternproteste die Überlegungen, das PPR als Teilstandort zu führen revidiert wurden und das sukzessive Auslaufen der Schule als erprobtes Verfahren in den Vordergrund rückte. Daraus wird eine Verkleinerung der Lehrerbesetzung folgen. Damit ist auch ein Wechsel in die Oberstufen der anderen Gymnasien bzw. eine Kooperation zu erwarten. Er appelliert, sachlich zu diskutieren und eine Gesamtlösung im Blick zu behalten.

Die Frage von Herrn Schloos wurde von der Bezirksregierung bejaht, so Herr Schmidt, dass die Inanspruchnahme eines Ganztagsangebotes für die gesamte Schulzeit eines Kindes gelten muss. Die Ausgestaltung der zukünftigen Rahmenbedingungen fällt in die Zuständigkeit der Schulaufsicht. Das Gebäude steht für die schulische Nutzung zur Verfügung.

Herr Kraft hält es für wünschenswert, mit gemeinsamen Anstrengungen zumindest in der Sekundarstufe I den Ganztag zu ermöglichen, was für die Eltern vermutlich an erster Stelle bei der Entscheidung für diese Schule steht bzw. gestanden hat und für die Schüler keine Nachteile aus diesem Prozess entstehen. Im Umland gibt es Beispiele, wie dies in auslaufenden Systemen gestaltet werden kann.

Herr Schmidt kommt zurück auf den Einwand von Herrn Schloos und bittet zu differenzieren zwischen der Entscheidung für den Ganztag (dieser bezieht sich nur auf die Sekundarstufe I) und dem Anspruch, diesen bis zum Ende wahrnehmen zu können – das ist rechtlich so – und der Frage, ob das Abitur an diesem Standort abgelegt werden kann. Zu letzterem wird die Stadt Siegen – als Schulträger verantwortlich für Räumlichkeiten, Sekretariat etc. – das Mögliche beitragen. Ob der letzte eingeschulte Jahrgang dort noch das Abitur ablegen kann wird an anderer Stelle entschieden.

Frau Langemeyer bestätigt, dass die Anmeldezahlen in den letzten Jahren eine sehr geringe Nachfrage nach einem Ganztagsgymnasium dokumentieren und mit Blick auf die gesamte Schullandschaft die Frage gestellt werden muss, ob dieses Angebot für eine Minderheit weiter aufrecht erhalten werden soll. Aus Sicht der CDU-Fraktion wird dies nicht befürwortet. Auch sie wirbt für den Dialog und die Kooperation, da auch nach dem Grundsatzbeschluss in Zukunft noch viele Details möglichst gemeinsam geklärt werden müssen. Bezug nehmend auf die Anmerkung von Herrn Heilmann zu einer vierten Gesamtschule stellt sie klar, dass im Kooperationsvertrag zwischen CDU und SPD die Prüfung dazu vereinbart wurde, nicht aber die Einrichtung. Dieser Prüfauftrag wurde vom Fachausschuss formal erteilt und sollte auch weiter von allen Beteiligten eng begleitet werden.

Herr Käuser verweist auf den gesetzlichen Auftrag an alle Schulformen, eine individuelle Förderung für alle Kinder zu ermöglichen. Diesem wurde und wird in Siegen und in der Region mit einer guten Zusammenarbeit Aller bestmöglich nachgekommen. Daher appelliert auch er als Vertreter der Gymnasien, die Diskussion so sachlich wie möglich zu führen.

Auf die Frage von Herrn Hörnberger erklärt Frau Uhr, dass entsprechend der Absprache mit der Bezirksregierung keine Anmeldungen mehr zur Jahrgangsstufe 5 möglich sein werden. Das Anmeldefenster zur Oberstufe ist unverändert.

Ziel der vergangenen Diskussionen war, den Fünftklässlern den Verbleib in der Schule bis zur 10. Klasse zu ermöglichen, so Herr Heilmann. Ob dann für diese noch eine Oberstufe zustande kommt oder ob die gewünschten Kurse belegt werden können, bleibt abzuwarten. Ein Schulwechsel in der Oberstufe ist jedoch nicht ungewöhnlich, wenn die individuellen Interessen nicht mehr mit dem Angebot an der Schule übereinstimmen. Insofern hält er den Änderungsantrag der FDP aus der letzten Sitzung für unrealistisch.

Herr Wittenburg erklärt, dass sich die Volt-Fraktion als neue Fraktion im Rat bei der Abstimmung enthalten wird, da sie die schulpolitischen Fehler der vergangenen 10 Jahre nicht mit tragen möchte. Kritik äußert er auch am Prozedere in den letzten Monaten. Der Ausschluss des PPR vom Anmeldeverfahren stand nur in einem sehr kurzen Zeitraum zur Diskussion und es gab erstmals im Juni die Gelegenheit, Anträge im Ausschuss zur Abstimmung zu bringen. Daraus ist der Eindruck entstanden, dass die Richtung der Entscheidung bereits im Vorfeld festgelegt war.

Herr Schloos stellt Bezug nehmend auf die Redebeiträge von Herrn Heilmann und Herrn Schmidt heraus, dass ihm an einer Garantie für den Ganzttag an einem Gymnasium gelegen ist, unabhängig vom Standort.

Herr Hörnberger erklärt: „Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, sehr geehrte Ausschussmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Rahmen dieses Ausschusses, in dem ich seit mehreren Jahren und Wahlperioden als stimmberechtigter sachkundiger Bürger sitze möchte ich eine persönliche Stellungnahme zu den mir vorgeworfenen Punkte der Schulentwicklungsplanung, speziell zu der Zukunft rund um das Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums abgeben: Mir wurde vorgeworfen, eigene Ideen zu schulpolitischen Themen einzubringen, mir wurde vorgeworfen, Anträge und Anfragen zu stellen, mir wurde vorgeworfen, dass ich mich tatsächlich mit Eltern und Schulleitungen in der Trägerschaft der Universitätsstadt Siegen austausche, allerdings anfangs ohne dass ich Gelegenheit hatte, mich zu diesen Vorwürfen zu äußern, geschweige denn, dass ich überhaupt anwesend war und heute auch noch einmal erneut wiederholt. Somit sehe ich mich gezwungen, das hier zu tun.

Aus meiner beruflichen Kompetenz heraus halte ich den Austausch von qualifizierten Meinungen in Ausschüssen für essenziell, um Entscheidungen im Rat fachlich begründet vorzubereiten. Wenn jetzt behauptet wird, dass dies störend, ja sogar eine Behinderung der Arbeit der Verwaltung sei weise ich dies entschieden zurück. Das Gegenteil ist der Fall. Ich ermutige, nein ich erwarte sogar und fordere alle Ausschussmitglieder auf, ihre Meinung, ihre Ideen, ihre Konzepte und Vorschläge in den Ausschüssen einzubringen und den politischen Prozess durch ihre Kompetenzen zu beleben. Ich fordere auch alle Ausschussmitglieder auf, sich mit denen, die von ihrer Entscheidung betroffen sind auszutauschen und Einladungen zu Gesprächen und Ähnlichem anzunehmen, auch und gerade wenn sie nicht von der Verwaltung orchestriert werden. Ich fordere die Verwaltung zudem auf, sich nicht mehr mit der kommunalen Politik zu verwechseln und ihre Arbeit als Verwaltung zu machen. Ich werde genauso weitermachen wie bisher. Ich lade die Schulgemeinden ein, mich auch weiter einzu-

laden, damit ich Positionen und Meinungen ungefiltert und nicht im stille-Post-Verfahren kennen lerne. Zudem werde ich auch weiter Anfragen und Anträge stellen, wenn ich dies für notwendig und mit meiner Fraktion für sinnvoll halte. Bei beiden und bei denen, die mich in den vergangenen Tagen nach den Angriffen im Hauptausschuss und heute wieder unterstützt und sich hinter meine Position gestellt haben bedanke ich mich. Für die Gelegenheit, mich zu diesen außergewöhnlichen Vorwürfen zu äußern bedanke ich mich ebenso. Lassen sie uns nun gemeinsam weiter aktiv die Schulpolitik der Universitätsstadt Siegen fraktionsübergreifend und demokratisch im Prozess gestalten um der Verwaltung den Weg zu weisen wie es uns das Gesetz vorgibt: Für und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger unserer schönen grünen kleinen Großstadt.“

Herr Kraft stellt zunächst den Antrag auf getrennte Abstimmung über die von der FDP-Fraktion genannten Anträge zur Abstimmung.

=> *Der Ausschuss für Schule und Bildung lehnt bei 5 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung den Antrag auf getrennte Abstimmung über die von der FDP-Fraktion genannten Anträge ab.*

Sodann wird über den Verwaltungsvorschlag *mit Klarstellung (kursiv)* in Absatz 1 abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die nachstehenden Maßnahmen.

1. Das Ganztagsgymnasium Peter-Paul-Rubens-Gymnasium, Rosterstraße 143, 57074 Siegen, nimmt am Anmeldeverfahren des Schuljahres 2022/2023 *für die Jahrgangsstufe 5* nicht mehr teil. Die Schule wird ab dem Schuljahr 2022/2023 (01.08.2022) sukzessive aufgelöst.
2. Für die Gymnasien wird gemäß § 46 Abs. 6 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW – SchulG) festgelegt, dass Schülerinnen und Schülern, die in ihrer Gemeinde eine Schule der gewählten Schulform Gymnasium im Sinne des § 10 SchulG besuchen können, die Aufnahme verweigert wird, wenn die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität der Schule übersteigt.
3. Die Zügigkeit der dann drei städtischen Gymnasien wird ab dem Schuljahr 2022/2023 auf insgesamt 10 Züge, je 3 Züge am Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium und Gymnasium Auf der Morgenröthe sowie 4 Züge am Gymnasium Am Löhrtor, festgelegt.
4. Für die schulorganisatorischen Maßnahmen nach Ziff. 1 und 3 ist das Genehmigungsverfahren nach § 81 Abs. 3 SchulG einzuleiten.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 2 dagegen, 1 Enthaltungen

6. IT-Bedarfsanalyse für die Schulen der Stadt Siegen

Vorlage Nr. VL 432/2021

FDP-Fraktion bittet um Vorlage eines tabellarischen Zeitplanes zur Umsetzung der nächsten Teilschritte, so Herr Hörnberger.

Sobald die Ergebnisse der Bestandsaufnahme vorliegen wird der Ausschuss informiert, so Herr Schmidt. Er geht davon aus, dass dies rechtzeitig vor den nächsten Haushaltsberatungen erfolgen wird und stellt eine Information für die nächste Sitzung in Aussicht.

Auf die Frage von Herrn Schloos erklärt Herr Schmidt, dass die Beauftragung der Firmen eine technische Bewertung beinhaltet. Die pädagogische Plattform wird vom Land zur Verfügung gestellt. Es ist keine Notwendigkeit erkennbar, in Siegen eine eigene Entwicklung zu betreiben.

Herr Kraft sieht es als einen spannenden Ansatz, wie von Herrn Schloos beschrieben sich digital zwischen den Schulen austauschen zu können. Dazu wäre aber seines Erachtens zunächst eine Einschätzung der Schulleitungen sinnvoll.

Herr Käufer erachtet die Idee als reizvoll, allerdings ist derzeit angesichts der Corona-bedingten Entwicklung eine Vielzahl von medialen Angeboten im Umlauf.

=> *Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt die in der Verwaltungsvorlage beschriebene Vorgehensweise zustimmend zur Kenntnis.*

5. AfSuB 14.09.2021

7. Benennung von Schulformvertretern

Vorlage Nr. VL 515/2021

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Bildung benennt Frau Dr. Glaß als Nachfolgerin für Herrn Dr. Vallana und Herrn Engelbert als Nachfolger von Herrn Briel. Des Weiteren wird Herr Steinebach als stellvertretendes Mitglied für die Schulform Realschule benannt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

5. AfSuB 14.09.2021

gez.
Vorsitzender

gez.
Schriftführerin